

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Hauptbahnhofstr. 10, 1. Stockwerk. Telefon: 1111. Telegramm: 1111. Postfach: 1111.

Druckerei: Dresden, Hauptbahnhofstr. 10, 1. Stockwerk. Telefon: 1111. Telegramm: 1111. Postfach: 1111.

Verlag: Dresden, Hauptbahnhofstr. 10, 1. Stockwerk. Telefon: 1111. Telegramm: 1111. Postfach: 1111.

## Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz

### Sardieu trägt die Verantwortung

London, 8. April. In Kreisen der deutschen Abordnung ist man über den Ausgang der Donaukonferenz nicht überrascht. Man bedauert aber, daß die Aussichten auf eine sofortige Hilfe für die Donaufürstentümer geschwunden sind. Es wird betont, daß die Aussichten der Konferenz noch am Donnerstagabend durchaus günstig waren. Drei von den vier Großmächten hätten sich zu diesem Zeitpunkt auf einen Plan einer Neunmächte-Konferenz geeinigt. Sardieu hätte keine scharfe Opposition aufzuweisen und nur gewisse Vorbehalte gemacht. Man hätte also erwarten können, daß die nächste Besprechung in Verbindung mit den Verhandlungen der Völkerbundkonferenz stattfinden und dann etwa Ende April eine Neunmächte-Donaukonferenz folgen würde, die im Mai die Verbindung mit dem Europa-Konferenz herbeiführen würde und daß sich dann daran sofort die Lausanner Konferenz anschließen würde.

Deutschland als auch Italien seien bereit, in wenigen Stunden dem Erdbebenplan einhellig zuzustimmen. In London wird zur Zeit sehr ernsthaft die Frage geprüft, ob die englische Diplomatie unter dem Einfluß des englischen Botschafters in Paris, Lord Curzon, sich nicht doch zu einseitig die französischen Forderungen zu eigen gemacht hat.

Es entsteht nun auch die Frage, wo eigentlich England steht. MacDonald und die übrigen englischen Minister haben auf der Konferenz sehr einseitig die Annahme des Erdbebenplans betrieben. Um den Erdbebenplan drehen sich alle, was überhaupt von englischer Seite geschah. Dem deutschen und auch dem italienischen Gegenplan ist auf dieser Konferenz

keine Chance gegeben worden, die man ihm hätte geben sollen. Die vielen Versicherungen MacDonalds, daß England seine Haltung verhalten könne, wenn neues Licht von dritter Seite auf die Dinge geworfen würde, sind wohl von ihm selbst nicht sehr ernst genommen worden. Auffällig ist auch, daß französische Blätter behaupten können, MacDonald hätte am Schluß der getragenen Konferenz die Behauptung gemacht, das Versagen des Erdbebenplans bedeute, daß an Österreich und Ungarn und die anderen Donaufürstentümer keine finanzielle Hilfe gegeben werden könne.

Sollte diese Behauptung tatsächlich gefaßt sein, so würde das bedeuten, daß sich auch MacDonald selbst vollständig einseitig auf den französischen Plan eingestellt hätte. Bisher hat England noch in keiner Weise eine Prüfung darüber begonnen, ob nicht die deutschen Vorschläge die Donaufürstentümer auf eine wirtschaftlich gesündere Basis stellen, die auch den englischen Interessenten eher Aussicht auf die Wiedergewinnung ihrer eingezogenen Gelder bieten könnte als der Erdbebenplan.

**Diskont von 6 auf 5 1/2 Prozent gesenkt**  
Berlin, 8. April. Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 9. April 1932 den Diskontsatz von 6 auf 5 1/2 %, den Lombardsatz von 7 auf 6 % ermäßigt.  
(Siehe auch Handelsseite)

### Der Bürgerkriegschor

Der Wahlkampf ist von den Gegnern Hitlers immer härter mit der Bürgerkriegsparole befruchtet worden, besonders seitdem Severing sein bei den Hausbesuchen beschlagnahmtes Material gegen die SA in gewisser Auswahl und Aufmachung der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat. Der Sinn der von der Linkspresse willkürlich daraus abgeleiteten Formwörter lautet: Hitler habe sich in den SA eine private Bürgerkriegsarmee geschaffen, die darauf brennt, loszuschlagen, sei es gegen die „Kommune“ und die „Eisernen“, wenn sie ihn an der legalen Machtergreifung verhindern wollen, sei es gegen die rechtmäßigen Gewalten, wenn die legale Machtergreifung mißlingt. Was nun an diesen Vorwürfen in Einzelheiten richtig ist, weil vielleicht der eine oder andere SA-Unterführer in übermäßigem Tatendrang Dinge zu Papier gebracht hat, die sich mit den Gegebenheiten nicht vereinbaren lassen, das zu entscheiden, ist, wie hier schon betont wurde, nicht Sache der preussischen Verwaltungsbehörden und auch nicht der Presse, sondern des unabhängigen Gerichts. Ihm soll in der Beurteilung der von Severing erhobenen Anklagen nicht vorgeschrien werden. In diesem Zwang zur Zurückhaltung liegt freilich eine große Ungerechtigkeit gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung, die jetzt in den entscheidenden Tagen des Wahlkampfes, der Putz- und Bürgerkriegsabsichten bedacht wird, während die Klärung vielleicht erst in Monaten zu erwarten ist. Man hat in auch zum Beispiel über die Boxheimer Affäre nichts mehr gehört, seitdem das bestliche Material in der Öffentlichkeit seine Wirkung getan hat und beim Reichsanwalt gelaundet ist. Darum ist es die Pflicht derer, die sich ein ruhiges Urteil bewahrt haben, vor dem aufgeregten Bürgerkriegschor zu warnen, das den Wahlkampf veräffelt und nach außen wie nach innen unabsehbare Schäden anrichtet.

Aus den Enthüllungen, die Severing neuerdings bekanntgegeben hat, kann jedenfalls in keiner Weise geschlossen werden, daß Deutschland am 13. März hat ein Bürgerkrieg vorbelagert sei oder daß er bei Hitlers Erfolge oder Mißerfolge weiter drohe. Nur eine völlige Verdrängung der offensichtlichen Tatsachen kann solche Schlüsse ziehen. Die ganze Unruhe geht darauf zurück, daß mahnende Stellen der Sozialdemokratie und ihrer Schutztruppe, die sich als „Eiserne Front“ gibt, schon vor dem ersten Wahlgang flipp und klar erklärten, sie würden auch die legale Machtergreifung der Nationalsozialisten unter keinen Umständen dulden, sondern mit Generalstreik und Bruchgewalt verhindern. Das war die unumkehrbare Ankündigung des Bürgerkrieges für den Fall, daß der gleichmäßig bekannte Volkswille dem Nationalsozialismus oder der nationalen Opposition die Macht im Staate zusprechen sollte. Dagegen ist kein Severing und kein Groener eingeschritten. Aber die natürliche Folge war, daß eine so kühnlich eingestellte Bewegung wie die nationalsozialistische diese Drohungen damit beantwortete, daß sie ihrerseits Vorkehrungen traf, um sich im Falle des legalen Erfolges nicht durch illegale Gewalt den Sieg entreißen zu lassen. Also Abwehr eines angeforderten Putzschrittes, um das verfassungsmäßige Recht im Verein mit der Staatsgewalt wieder zur Geltung zu bringen. Wenn dabei bei einzelnen Stellen Verstöße gegen die Gesetze vorgekommen sind, so schließt sie die gute Absicht nicht vor dem Strafgericht. Ob aber zu solchem Vorgehen Veranlassung vorliegt, muß eben abgewartet werden. Völlig unhaltbar ist auch die andere Seite des Vorwurfs, Hitler werde die SA, offen gegen die Staatsgewalt einleiten, wenn ihre Eroberung durch den Stimmzettel nicht sofort gelingt. Dagegen sprechen nicht nur seine wiederholten und eidlích erhärteten Versichertungen, sondern die zum mindesten von der Reichsregierung anerkannt werden, wenn auch Severing nichts darauf gibt. Und es ist nicht zu verkennen, daß von sozialistischer Seite nichts unternommen wurde, um die Einhaltung der Legalität zu einer schweren Belastungsprobe für die ungeheuren vormaligen Elementen in der NSDAP zu machen. Trotz der Pressebelegung, trotz der Verwässerung des Mundstüchs und der vielen Intoxiker, die die SA bringen mußten, hat aber die Parteiführung am verfassungsmäßigen Weg festgehalten. Sie ist auch am 13. März nicht davon abgewichen, als er für den Sieg nicht brackte, sondern hat ohne Schwanken den verfassungsmäßigen Weg des zweiten Wahlganges beschritten. Und Hitler wird nicht müde, in seinen Wahlreden zu betonen, daß er auch nach dem 10. und nach dem 21. April, wie die Entscheidung auch ausfallen möge, mit den gleichmäßigen Waffen für seine Idee weiterkämpfen werde. Das ist der Tatbestand, an dem man sich zu halten hat, und daran brechen alle Bürgerkriegsphantastiken zusammen.

Nicht nur deshalb, weil es unverantwortlich ist, die schon vorhandene Unruhe im Innern künstlich zu steigern, ist es notwendig, diese Dinge mit solcher Sachlichkeit zu betrachten, sondern auch wegen der Wirkung im Ausland. Man kann sich schwer eine Vorstellung machen, wie ungeheurer Schaden angerichtet wurde, als am Montag hundert ausländische Berichterstatter Severings Sensationen in die Welt fabelten. Draußen kennt man die deutschen Verhältnisse nicht. Man ist unglücklich, aus dem Buß von Lebens den wahren Kern herauszufischen. Man fragt

**Die französische Behauptung, daß der Zusammenbruch der Konferenz auf den Widerstand Deutschlands und Italiens zurückzuführen sei, die ihre Weisheitsbegabung nicht aufgeben wollten, sei da mit in Widerspruch. Tatsächlich habe Mandin diesen Standpunkt im Laufe der Verhandlungen vertreten, woraufhin er darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ein Aufgeben des Rechtsbegabungsrechtes nur dann gerechtfertigt sei, wenn die betreffenden Staaten wirksame Garantien für das Gelingen eines Planes in den Händen hätten. Sonst wäre das Opfer ungerechtfertigt und zu groß. Es liegt also eine gewisse Verzerrung der tatsächlichen Lage von französischer Seite vor.**

**Die französische Behauptung, daß der Zusammenbruch der Konferenz auf den Widerstand Deutschlands und Italiens zurückzuführen sei, die ihre Weisheitsbegabung nicht aufgeben wollten, sei da mit in Widerspruch. Tatsächlich habe Mandin diesen Standpunkt im Laufe der Verhandlungen vertreten, woraufhin er darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ein Aufgeben des Rechtsbegabungsrechtes nur dann gerechtfertigt sei, wenn die betreffenden Staaten wirksame Garantien für das Gelingen eines Planes in den Händen hätten. Sonst wäre das Opfer ungerechtfertigt und zu groß. Es liegt also eine gewisse Verzerrung der tatsächlichen Lage von französischer Seite vor.**

### Macdonald unter Tardieus Einfluß

London, 8. April. Durch das Scheitern der Londoner Donauabrede ist der englische Premierminister Macdonald persönlich in eine schwierige Lage geraten, zum Teil unerschuldlich und gegen seinen eigenen Willen. Er mußte versuchen, wieder auszumachen, was die einseitige Politik Simons angerichtet hatte. Fraglich ist allerdings, ob die Engländer selbst durch ihre diplomatischen Vertreter im Ausland richtig unterrichtet worden sind; sonst hätte Macdonald wohl kaum unter dem Eindruck stehen können, sowohl

nicht die Chance gegeben worden, die man ihm hätte geben sollen. Die vielen Versicherungen MacDonalds, daß England seine Haltung verhalten könne, wenn neues Licht von dritter Seite auf die Dinge geworfen würde, sind wohl von ihm selbst nicht sehr ernst genommen worden. Auffällig ist auch, daß französische Blätter behaupten können, MacDonald hätte am Schluß der getragenen Konferenz die Behauptung gemacht, das Versagen des Erdbebenplans bedeute, daß an Österreich und Ungarn und die anderen Donaufürstentümer keine finanzielle Hilfe gegeben werden könne.

Sollte diese Behauptung tatsächlich gefaßt sein, so würde das bedeuten, daß sich auch MacDonald selbst vollständig einseitig auf den französischen Plan eingestellt hätte. Bisher hat England noch in keiner Weise eine Prüfung darüber begonnen, ob nicht die deutschen Vorschläge die Donaufürstentümer auf eine wirtschaftlich gesündere Basis stellen, die auch den englischen Interessenten eher Aussicht auf die Wiedergewinnung ihrer eingezogenen Gelder bieten könnte als der Erdbebenplan.

## Das Echo der europäischen Presse

### „Economist“ für den deutschen Standpunkt

London, 8. April. In einem ausführlichen Artikel „Die Wahrheit über die Donau“ unterführt der „Economist“ auswärts die deutschen Vorschläge zur Lösung der Donaufürstentümer und verurteilt den französischen Plan als vollkommen unzureichend und ausfallslos. Inwiefern eine Neuberung der wirtschaftlichen Bedingungen der Donaufürstentümer ausgedacht werden, bevor eine neue Hilfe, vor allem wenn es sich um den geringen Betrag von 200 Millionen Mark handele, Irrenden weiterreichen Zweck erfüllen könne. Eine solche Hilfe würde eine rein egoistische Maßnahme der betreffenden Großmächte darstellen, um durch die vorübergehende Verhütung eines Zusammenbruchs der Donaufürstentümer die ihnen dadurch verschaffte Drohung zu verdrängen. Es sei vollkommen verfehlt und unangenehm, wie die Franzosen es wünschten, ohne die Franzosen des europäischen Handels ins Auge zu fassen eine neue, sich selbst genügende Einheit in Mitteleuropa schaffen zu wollen. Das bedeute nur eine Verewaltung der Welt, wie sie die Friedensverträge herbeigeführt haben. Der Erfolg einer Sanierung der Donaufürstentümer hänge von ihren Handelsbeziehungen mit den anderen Staaten und in erster Linie mit Deutschland und Italien ab.

„Nächtliche Welt“ — „Die Obstruktion Deutschlands und Italiens“. — Der „Antirassismus“ erklärt, die Deutschen hätten bewiesen, daß es ihnen immer noch an Psychologie fehle. Man müsse vor der ganzen Welt feststellen, daß Frankreich und England gewillt seien, den kleinste und unglücklichsten Ländern Europas Hilfe zu bringen.

während Deutschland seinen destruktiven Egoismus, seine Expansionsabsichten und seinen Haß gegen den Sieger des Weltkrieges mitgebracht habe.

Die „Liberté“ erklärt, die Zukunft, wie Berlin sie zeige, sei Zusammenbruch, Chaos und Rückkehr zu den primitivsten Zuständen der Menschheit. Die Vereinon verleiht sich in der „Information“ zu der Behauptung, in nächster Zeit würden vermutlich drei Donaufürstentümer in Gefahr geraten, und es sei möglich, daß auch die Reichsmark selbst die Folgen der deutschen Politik zu spüren bekomme. Der „Tempo“ meint im Gegensatz zur Mehrzahl der übrigen Blätter, daß man sich vor jedem übertriebenen Pessimismus hüten müsse. Man habe kein Ergebnis erzielt, doch die Tür zu weiteren Verhandlungen bleibe offen.

In politischen Kreisen gibt man sich im übrigen der Hoffnung hin, daß der Reichskanzler Brüning nach dem deutschen Wahlkampf vielleicht größere Einigkeit zwischen den Parteien zeigen werde.

da er jetzt Rückblick auf die überaus erregte öffentliche Meinung und die deutschen Nationalisten nehmen müsse. Es sei denkbar, daß die Reichsregierung ihre etwaige Nachgiebigkeit von Jugendändnungen in der Erbittelfrage abhängig machen werde.

### Bülow fährt über Paris nach Genf

London, 8. April. Staatssekretär v. Bülow hat für seine Reise von London nach Genf zusammen mit dem englischen und italienischen Außenminister die Strecke über Paris gewählt. Er wird einige Stunden in Paris bleiben und dort mit dem deutschen Vizekonsul von Paris zusammenkommen. Anschließend wird er bei dieser Gelegenheit auch frühere Bekanntheitsstellen mit französischen Persönlichkeiten erneuern. — Staatssekretär v. Bülow und der deutsche Vizekonsul waren am Freitagabend Gäste auf der italienischen Botschaft, wobei auch der italienische Außenminister Grandi anwesend war.

Bevor sich Staatssekretär v. Bülow am Freitag in den Konferenzraum des Foreign Office begab, äußerte er Pressevertretern gegenüber: „Ich bedauere die Entwidlung der Ereignisse. Ich habe von Anfang an gefürchtet, daß die Dinge zu verwickelt ist, um sie in drei Tagen erfolgreich behandeln zu können.“

### Deutschland und Italien sind schuld!

Paris, 8. April. Die amtlichen französischen Kreise verhalten sich nach Beendigung der Donau-Konferenz zunächst abwartend. Es sei jedoch zu bedauern, daß die Durchführbarkeit der „uneigenen“ französischen Vorschläge durch den deutschen und italienischen Widerstand verzögert worden sei. Frankreich müsse darauf bestehen, daß das Hauptgewicht auf die sofortige finanzielle Hilfe für die Donaufürstentümer zu legen sei. Ferner bestrebe Frankreich darauf, daß die Großmächte unbedingt auf ihre Weisheitsbegabung zurückgehen und sich verpflichten, bevor die Durchführbarkeit der Vorschläge für die Donaufürstentümer festzustellen sei. Es wird weiter betont, daß sich Frankreich einer Neunmächte-Konferenz, wie sie von Italien vorgeschlagen wurde, aufs Schärfste widersetze.

Die Mehrzahl der Pariser Abendblätter beschäftigt sich am Freitag mehr oder weniger eingehend mit dem Abschluß der Londoner Konferenz, die als ein vollkommenes Mißgeschick bezeichnet wird. Wie man den Vorgang hier auffaßt und zu einer neuen Debatte gegen Deutschland und Italien ansetzt, geht aus den verschiedenen Überschriften hervor: „Berlin gegen Europa“ — „Das Reich torpediert die Konferenz“ — „Deutschland zeigt keinerlei Ver-